



**Stadtratsgruppe Freising**

Freising, den 25.08.2018

**Antrag: Freising unterstützt Rettung von Flüchtlingen aus Seenot**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadt Freising schließt sich der Initiative von Städten in Nordrhein-Westfalen an und erklärt sich bereit, in Seenot geratene Geflüchtete aufzunehmen, um das Sterben der Menschen im Mittelmeer zu beenden.
2. Oberbürgermeister Eschenbacher wird gebeten, eine entsprechende Erklärung gegenüber der Bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung abzugeben.

**Begründung:**

Die Situation der geflüchteten Menschen im Mittelmeer hat sich in den letzten Monaten weiter verschlimmert. Alleine im Juni und Juli dieses Jahres sind über 800 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren ertrunken. Diese hohe Zahl ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die privaten Seenotretter kriminalisiert werden und ihren Schiffen das Anlegen in europäischen Häfen untersagt wird. Eine koordinierte gemeinsame europäische Rettungsmission gibt es nicht. Kooperation mit der libyschen Küstenwache ist moralisch wie rechtsstaatlich fragwürdig. Die Berichte über Folter, physische und psychische Gewalt aus den libyschen Flüchtlingslagern häufen sich. Schiffe, die Menschen aus Seenot gerettet haben irren tagelang auf dem Meer umher, da die italienische Regierung ihnen erst erlaubt, anzulegen, wenn es verbindliche Zusagen von Ländern und/oder Kommunen gibt, die Menschen aufzunehmen. Selbst Schiffen der italienischen Küstenwache wird nicht gestattet, italienische Häfen anzulaufen.

Vor dem Hintergrund dieser unhaltbaren Situation im Mittelmeer ist es ein Gebot der Moral, diesen Menschen zu helfen. Die europäischen Staaten sind unfähig und nicht Willens, eine gemeinsame, koordinierte und menschliche Politik zu betreiben, um hier einzuschreiten. Daher ist es notwendig, dass kleinere Institutionen wie Städte und Gemeinden hier die Initiative ergreifen.

Die Bundesregierung zählt zu den Unterzeichnern der „New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten“ der UNO. In dieser Erklärung heißt es: *„Wir sind entschlossen, Menschenleben zu retten. Die Herausforderung, der wir uns gegenübersehen, ist vor allem moralischer und humanitärer Natur. […] Wir bekunden unsere tiefe Besorgnis angesichts der großen Zahl von Menschen, die auf ihrem Weg ums Leben gekommen sind. Wir würdigen die Anstrengungen, die bereits unternommen wurden, um Menschen aus Seenot zu retten.“*

Die Bundesregierung bemüht sich jedoch nur unzulänglich, diese von ihr unterschriebene Erklärung einzuhalten. Die Bereitschaft Freisings, in Seenot geratene Flüchtlinge aufzunehmen, ist ein kleiner Beitrag, dieser moralischen und humanitären Verpflichtung nachzukommen.

**Dr. Guido Hoyer Rosemarie Eberhard**